

# Stellungnahme



## Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Eckpunkten einer Windenergie-an-Land-Strategie (Entwurf des BMWK zur Konsultation)

### Allgemeine Vorbemerkungen

06.04.2023

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt die Entwicklung einer Windenergie-an-Land-Strategie. Das Verfolgen einer schlüssigen Gesamtstrategie für den weiteren Ausbau der Windenergie an Land ist aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus energie- und industriepolitischen Erwägungen ein richtiger und überfälliger Ansatz.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt die ambitionierten Ausbauziele der Bundesregierung. Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität kann nur gelingen, wenn insbesondere die deutsche Energieversorgung entschlossen dekarbonisiert wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern seit Jahren einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Ausstieg aus der Kohleverstromung. Nur mit den erneuerbaren Energien und einer entsprechenden Infrastruktur lassen sich die nationalen und europäischen Klimaziele erreichen und mit beschäftigungspolitischen Zielsetzungen verbinden. Die Windenergieerzeugung an Land stellt einen unverzichtbaren Beitrag zu dieser Energiewende dar. Im vorliegenden Eckpunkteentwurf wird zutreffend beschrieben, dass das bisherige Ausbautempo absehbar nicht ausreicht, die proklamierten Ausbauziele zu erreichen. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist es daher ein richtiger Schritt, Hürden und Hemmnisse des Ausbaus wo notwendig zu beseitigen. Diese Beseitigung von Hürden und Hemmnissen muss unbedingt durch eine proaktive Regulierungs-, Planungs- und Anreizkulisse ergänzt werden, um den erforderlichen Windenergiezubaup zu realisieren und ökonomisch nachhaltig, aber auch klimafreundlich und umweltschonend auszugestalten. Im Interesse des Klima- und Umweltschutzes und der industriepolitischen Entwicklung der heimischen Wertschöpfungskette ist die Nutzung der Windenergie an Land insbesondere unter Berücksichtigung des Naturschutzes, des Arbeits- und Umweltschutzes sowie der Anbindungsleitungen, Speicher und Netze im Sinne einer resilienten Energieerzeugung und -versorgung auszubauen.

Der Aufwuchs der Windenergie berührt indes nicht nur energie-, sondern ebenso industrie- und beschäftigungspolitische Fragen. Transformationsindustrien wie die Windkraftbranche sind für die zukünftige industrielle Wertschöpfung sowie für die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland von strategischer Bedeutung. In diesen Feldern liegen wesentliche Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotentiale der Zukunft, die es durch kluge Industriepolitik zu heben gilt. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes muss betont werden, dass diese Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotentiale vor allem dann gehoben werden können, wenn die bestehenden Wertschöpfungsnetzwerke von der Rohstoffverarbeitung über das Endprodukt mit Vorprodukten und Komponenten bis zu den Services, dem Repowering und dem Rückbau gesichert und ausgebaut werden können.

### Ansprechpartner:

#### Frederik Moch

Leiter der Abteilung  
Struktur-, Industrie- und  
Dienstleistungspolitik

[frederik.moch@dgb.de](mailto:frederik.moch@dgb.de)

Telefon: +49 30 24060 576

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Keithstraße 1  
10787 Berlin

#### Felix Fleckenstein

Referent für Energiepolitik  
Abteilung Struktur-, Industrie-  
und Dienstleistungspolitik

[Felix.fleckenstein@dgb.de](mailto:Felix.fleckenstein@dgb.de)

Telefon: +49 30 24060 351

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Keithstraße 1  
10787 Berlin



Deshalb spricht sich der DGB dafür aus, auch die energie- und rohstoffintensiven Industrien sowie die Hersteller von Vorprodukten und Komponenten durch eine entsprechende Rahmensetzung dauerhaft zu sichern.

Eine vollständige, heimische Wertschöpfungskette (F&E, Projektplanung, industrielle Fertigung, Installation, Betrieb, Service, Repowering und Rückbau), die Windenergieanlagen an Land und sonstige Energiegewinnung sowie Anbindungsleitungen inklusive dazu notwendiger Speicher und Netze nachhaltig ausbaut, liegt im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit. Diese Wertschöpfungskette bezieht sich auf alle Produkte und Dienstleistungen eines Unternehmens. Sie umfasst alle Schritte im In- und Ausland, die zur Herstellung der Produkte und Anlagen und zur Erbringung der Dienstleistungen erforderlich sind, angefangen von der Gewinnung der Rohstoffe bis zu der Lieferung an den Endkunden und erfasst

1. das Handeln eines Unternehmens im eigenen Geschäftsbereich,
2. das Handeln eines unmittelbaren Zulieferers und
3. das Handeln eines mittelbaren Zulieferers.

Zu den einzelnen Handlungsfeldern des Eckpunkteentwurfs:

### **1. Ausbau mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fördern**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das Anheben der EEG-Ausbauziele wiederholt begrüßt. Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Zahlungen nach dem EEG grundsätzlich geeignet, den Zubau erneuerbarer Energien anzureizen. Übereinstimmend mit dem vorliegenden Eckpunkteentwurf sollten genehmigte und bezuschlagte Projekte schnellstmöglich in Betrieb genommen werden.

### **2. Geschäftsmodelle außerhalb des EEG flankieren**

Auch aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes können Elektrizitäts-Direktlieferverträge ein zielführender Weg sein, den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung anzureizen. Gleichzeitig können PPA-Vertragskonstruktionen die Elektrifizierung und damit klimadienliche Transformation der Industrieproduktion anreizen. Es ist daher zu begrüßen, dass geprüft werden soll, wie PPA insbesondere hinsichtlich ihrer Finanzierungsrisiken staatlicherseits abgesichert werden können. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollte insbesondere geprüft werden, ob hierfür doppelseitige CfD-Modelle in Betracht kommen, die die beidseitigen Preisausschläge an den Strombörsen für die Vertragsparteien ausgleichen und das Finanzierungsrisiko somit deutlich begrenzen können.

### **3. Bestandsanlagen erhalten und Repowering beschleunigen**

Auch nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes muss sichergestellt werden, dass Bestandsanlagen erhalten bzw. ersetzt werden. Die im vorliegenden Eckpunkteentwurf genannten Vereinfachungen von Repowering-Verfahren werden daher ausdrücklich begrüßt.

#### **4. Kurzfristig mehr Flächen – v. a. für die Versorgung der Industrie – mobilisieren**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund stimmt mit dem vorliegenden Eckpunkteentwurf ausdrücklich darin überein, dass gerade für die stromintensiven Branchen niedrige Strompreise zwingend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und für die Transformationsfähigkeit der Industrie sowie für die Sicherung der Resilienz sind. Auch wird der Aussage „Aber auch alle anderen Industrie- und Gewerbeunternehmen sind angesichts hoher Strombörsenpreise auf kostengünstige erneuerbare Energien angewiesen, um wettbewerbsfähig zu sein.“ vollumfänglich zugestimmt.

Im vorliegenden Entwurf wird dazu weiter ausgeführt: „Neue Wind- und Solarparks, die möglichst auf Flächen in der Nähe der jeweiligen Industriegebiete stehen, können Industrie und Gewerbe mit Strom zu den Gestehungskosten der erneuerbaren Energien versorgen.“ Der Ansatz, Industrie und Gewerbe mit erneuerbarem Strom aus lokaler Erzeugung zu versorgen, wird durch den Deutschen Gewerkschaftsbund grundsätzlich als sinnvoll bewertet. Die lokale Stromerzeugung in unmittelbarer Nachbarschaft der Industriegebiete wird aber absehbar nicht ansatzweise ausreichen, den Strombedarf von Industrie und Gewerbe zu decken. Ein Aufwuchs der lokalen Stromerzeugung kann daher nur ein Teil der Lösung sein.

Zudem sollte es aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes energiepolitisches Ziel sein, sämtliche Verbraucher zu den Energiegestehungskosten zu versorgen und die Kostenvorteile der erneuerbaren Energien somit an alle Stromverbraucher weiterzugeben. Dies aber erfordert regulatorische Anpassungen des Marktdesigns und ist allenfalls nachrangig eine Frage der Flächenverfügbarkeit.

Insbesondere ist für den industriellen Stromverbrauch die Schaffung eines Industriestrompreises erforderlich, der ein wettbewerbsfähiges Strompreisniveau in der Transformation garantiert. Die im Entwurf vorgeschlagene Maßnahme, die Netzentgelt-Regelungen für die räumlich nahe liegende Stromversorgung von Industrieanlagen anzupassen, kann als erster Schritt geprüft werden. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind aber weitergehende Maßnahmen zur Sicherstellung eines angemessenen Industriestrompreises unbedingt erforderlich. Viele Industrieanlagen, insbesondere der energieintensiven Industrie, benötigen Strommengen, die absehbar nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Verbrauchsort erneuerbar erzeugt werden können. Es muss regulatorisch sichergestellt werden, dass auch diese Anlagen zu günstigen Strompreisen mit Energie versorgt werden. Dies ist auch eine zentrale Voraussetzung, um Investitionen in die Elektrifizierung und damit Dekarbonisierung der Produktion auszulösen und die industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu sichern.

Hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit teilt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Ziele des vorliegenden Eckpunkteentwurfs. Die Flächenverfügbarkeit stellt ein wesentliches Hindernis für den Onshore-Windenergieausbau dar. Die im Entwurf vorgesehene Erhöhung der Flächenverfügbarkeit wird daher als sinnvoll bewertet. Mit der Flächenausweisung für Windkraftanlagen hängen indes weitreichende Akzeptanzfragen und wichtige Aspekte der Raumplanung zusammen. Es wird daher begrüßt, dass der Eckpunkteentwurf insbesondere Flächen mit geringem Konfliktpotential, bspw. entlang von Autobahnen, in den Blick nimmt.

#### **5. Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen**

Lange Genehmigungsverfahren sind ein zentrales Hemmnis bei der Umsetzung der Energiewende. Abstandsregeln, Prüfungsprozesse und langwierige Beteiligungsverfahren haben in der Vergangenheit den Windenergieausbau in Deutschland ausgebremst.



Daher ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung nun anstrebt, die Dauer von Genehmigungsverfahren mindestens zu halbieren. Hierzu ist neben der Digitalisierung und Vereinfachung von Verwaltungsabläufen insbesondere die angemessene Personalausstattung in den Behörden das zentrale Handlungsfeld. Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes müssen entsprechende personelle Kapazitäten in den zuständigen Behörden aufgebaut und verstetigt werden. Dafür gilt es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um die Tätigkeit in den Behörden attraktiver zu machen. Das gilt besonders auch im Bereich der Ausbildung. Darüber hinaus sollte die Beschleunigung und Digitalisierung von Genehmigungs- und Vergabeverfahren mit einem Fort- und Weiterbildungsprogramm für die Beschäftigten in den Behörden verknüpft werden.

Eine verbindliche, möglichst frühe, der konkreten Planung vorgeschaltete und Alternativen berücksichtigende Öffentlichkeitsbeteiligung sollte mögliche Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern sowie Zivilgesellschaft adressieren und aufgreifen. Bei der Gestaltung der Verfahren muss es darum gehen, mehrfache bzw. doppelte Beteiligungsschleifen und Prüfungen durch unnötig viele Planungsebenen bestmöglich zu vermeiden – etwa durch eine engere Verzahnung von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren, durch Zusammenfassung von Planungsstufen und Integration von Raumordnungsverfahren in Planfeststellungsverfahren oder eine breitere Anwendung des vertikalen und horizontalen Absichtungsprinzips. Der Plan sollte nur festgestellt und die Plangenehmigung sollte nur erteilt werden, wenn neben anderen Kriterien die industriepolitische Entwicklung der heimischen Wertschöpfungskette unter Einhaltung des Tarif- und Arbeitsrechts sowie des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gewährleistet ist.

Die im vorliegenden Eckpunkteentwurf genannten Maßnahmen werden durch den Deutschen Gewerkschaftsbund vor diesem Hintergrund als grundsätzlich sinnvoll bewertet.

## **6. Flächensicherung erleichtern**

Wie auch in den Ausführungen zu Handlungsfeld 4 beschrieben, ist die Flächenverfügbarkeit aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine zentrale Voraussetzung für den weiteren Onshore-Windenergieausbau. Die im vorliegenden Eckpunkteentwurf genannten Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Flächensicherung werden daher als sinnvoll erachtet, insbesondere hinsichtlich der vorübergehenden Grundstücksnutzung für Errichtungszwecke.

## **7. Gesellschaftlicher Rückhalt: Akteursvielfalt stärken und Kommunen am Ausbau beteiligen**

Auch aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist es für die Akzeptanz der Windenergie zielführend, wenn die Bevölkerung in ihrer Breite ökonomisch vom Windenergieausbau profitiert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt daher außerordentlich, dass der vorliegende Eckpunkteentwurf das Ziel einer stärkeren Gemeinwohlorientierung von Windenergieprojekten benennt.

Zielführende Ansätze einer stärkeren Gemeinwohlorientierung liegen nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes darin, die Kostenvorteile erneuerbarer Energien über den Strompreis an die Bevölkerung weiterzugeben, und auch die finanzielle Beteiligung an Erträgen aus Windenergieanlagen über Transferzahlungen oder öffentliche, beispielsweise kommunale, Trägerschaft sicherzustellen. Die im Eckpunkteentwurf benannte Stärkung der kommunalen Beteiligung wird daher begrüßt.



## 8. Wertschöpfung und Produktionskapazitäten in Deutschland stärken

Der „Hochlauf der Industrien und Produktionskapazitäten der sog. Transformationstechnologien für die Energiewende und den Klimaschutz“ ist auch aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine zentrale Notwendigkeit, um die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zur Klimaneutralität zu ermöglichen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt es daher, dass der Eckpunkteentwurf auch die für den Windkraftausbau erforderlichen industriepolitischen Maßnahmen thematisiert.

Die Energiewende muss zu einer industrie- und beschäftigungspolitischen Offensive werden. Energiewendetechnologien wie die Windkraft sind von entscheidender strategischer Bedeutung für die langfristige Sicherung und Entwicklung des Industriestandorts Deutschland. Die aktive, politische Gestaltung dieser Industriezweige ist aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes daher unbedingt erforderlich. Um die Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotentiale des Windkraftausbaus zu realisieren, dürfen insbesondere keine Dumping-Geschäftsmodelle gefördert werden.

Öffentliche Zuschüsse und Förderungen brauchen verbindliche klimafreundliche sowie sozial-nachhaltige Kriterien wie regionale Beschäftigungs- und Standortentwicklung, Qualifizierung, betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist der CO<sub>2</sub>-Footprint der Vorprodukte, Komponenten, Endprodukte und Dienstleistungen (analog WindSeeG), als Bedingung mit einzubeziehen.

Die im Eckpunkteentwurf benannten Maßnahmen werden durch den Deutschen Gewerkschaftsbund durchweg positiv bewertet. In besonderem Maße positiv bewerten wir die Ausführungen zu den Themen Strompreise („Wir müssen jetzt Konzepte entwickeln, sodass Unternehmen von günstigeren Strompreisen profitieren können und dadurch mehr investieren. Eine Umsetzung erfordert aus der Sicht der Bundesregierung eine enge Koordinierung der Reform des Strommarkt-Designs und der Anpassung des Beihilferahmens [...]“) sowie der staatlichen Absicherung von besonderen Risiken der Hersteller („Finanzierung, Garantien, Bürgschaften“).

Zur Stärkung von Wertschöpfung und Produktionskapazitäten in Deutschland im Rahmen des Windenergieausbaus müssen aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes aber insbesondere noch die folgenden Aspekte in den Eckpunkteentwurf aufgenommen werden:

- Qualitative Kriterien in der Vergabe: Windenergieanlagen, die in Folge öffentlicher Ausschreibungen beschafft werden, sollten eine Reihe qualitativer Kriterien erfüllen. Dazu zählen insbesondere Tarifbindung und Mitbestimmung entlang der gesamten Zulieferkette, CO<sub>2</sub>-Bilanz Transport und Ressourcen (auch hinsichtlich des Einsatzes von „grünem“ Stahl im geplanten Windkraftwerk), Zertifizierungen im Bereich Nachhaltigkeit der Komponenten, Endprodukte und Dienstleistungen, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit von Anlagen sowie Austauschbarkeit von Teilen und Komponenten, und Transportwege<sup>1</sup>.
- Die Einführung eines Industriestrompreises, der die wettbewerbsfähige Industrieproduktion von (Vor-)Produkten, die unerlässlich für den Ausbau der erneuerbaren Energien sind, sicherstellt. Hierzu zählen beispielsweise die Grundstoffindustrien (insbesondere chemische Erzeugnisse, Stahl und Kupfer), Metallverarbeitung oder die Batteriezellproduktion.

---

<sup>1</sup> Die Transportwege könnten in der Bewertung beispielhaft etwa wie folgt Berücksichtigung finden: Die Transportwege von Produktionsteilen sowie Materialien der Windenergieanlagen entlang der Wertschöpfungskette bzw. die Einsatzwege von Dienstleistungen und Service müssen aus der Projektbeschreibung hervorgehen und werden mit Punkten bewertet. Die maximale Zahl von Bewertungspunkten erhält das Gebot mit den kürzesten Wegen.



- Für den Hochlauf bzw. die Transformation der Produktion sind massive öffentliche und private Investitionen notwendig. Damit davon Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen profitieren, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Vergabe von staatlichen Subventionen, Beihilfen oder Garantien (z. B. auch Klimaschutzverträge) immer an die Kriterien Guter Arbeit (Tariffindung und Mitbestimmung) zu knüpfen. Zudem sollte die Bundesregierung eine Reform des EU-Beihilferecht anstreben, um alle öffentlichen Investitionsspielräume nutzen zu können.
- Es gilt, die heimischen Potentiale für kritische Rohstoffe mit Relevanz für Energiewende und Transformation zu nutzen (bspw. Lithium, Kupfer). Dafür müssen die politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Auch hier gilt es Planungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- Eine dauerhafte Finanzierung von regionalen Transformationsnetzwerken, die einen Betrag zur Transformation der Industrie und regionalen Gestaltung der Energiewende leisten.

## 9. Fachkräfte sichern

Es ist zu begrüßen, dass der Entwurf der Strategie anerkennt, dass gut qualifizierte Beschäftigte eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau der Windkraft darstellen. Fehlende Fachkräfte entwickeln sich zunehmend zum zentralen Hemmnis der Energiewende. Aus Sicht des DGB sind die proklamierten Ausbauziele nur dann erreichbar, wenn ausreichend und gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die hierzu vorgeschlagenen Maßnahmen greifen aus Sicht des DGB jedoch deutlich zu kurz und verkennen die Realität der teilweise noch immer unzureichenden Arbeitsbedingungen in der Windindustrie.

Der einfachste Weg, um Fachkräftengpässen und Schwierigkeiten bei der Arbeitskräftegewinnung zu begegnen, ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Gerade die wachsenden „grünen“ Branchen haben hier erheblichen Nachholbedarf. Einige große Windenergiehersteller versuchen Tarifverträge systematisch zu umgehen. Beschäftigtenbefragungen belegen indes, dass Tariflöhne den größten Hebel darstellen, die Attraktivität eines Arbeitsplatzes zu steigern. Dementsprechend ist es gerade in den transformationsrelevanten Branchen zentral, die Tarifbindung zu stärken. Die Bundesregierung sollte daher eine Reihe konkreter Maßnahmen ergreifen, etwa die o.g. Konditionierung von Fördermitteln an die Kriterien Guter Arbeit, die Abschaffung von sogenannten "Ohne-Tarif"-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden oder eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Tarifverträge.

Neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedarf es einer branchenspezifischen Arbeitsmarktstrategie, die zur Erreichung der Energiewende-Ziele eine Qualifizierungsoffensive startet, die Ausbildungsattraktivität erhöht und Beschäftigung in der gesamten Wertschöpfungskette hält und ausbaut. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt, dass im Eckpunkteentwurf die wichtige Scharnierfunktion der Weiterbildung bei der Verschiebung von Fachkräftebedarfen zwischen Strukturwandelbranchen und Zukunftsbranchen benannt wird.

Zudem ist es aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes dringend erforderlich, die inländischen Beschäftigungspotenziale zu heben. Dazu kann es insbesondere zielführend sein, Menschen mit gebrochenen oder unkonventionellen<sup>2</sup> Bildungsbiografien den Zugang in gute Beschäftigung zu erleichtern oder den Niedriglohnsektor, der überwiegend nicht wertschöpfungs- und transformationsdienliche Beschäftigung umfasst, zu reduzieren.

---

<sup>2</sup> Dies umfasst insbesondere im Ausland erworbene Qualifikationen.



### **10. Transport und Infrastruktur für die Errichtung von Windenergieanlagen erleichtern**

Auch nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollten Restriktionen der Transportinfrastruktur sowie mit dem Transport zusammenhängende bürokratische Hindernisse den Ausbau der Onshore-Windenergie möglichst nicht behindern. Die im Eckpunkteentwurf benannten Maßnahmen bewerten wir als sinnvoll. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist es zielführend, die Wasser- und Schienenwege wo möglich zu nutzen. Moderne Verkehrswege sind indes nicht nur für die Energiewende unerlässlich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher seit Langem, die staatlichen Investitionen in Erhalt und Weiterentwicklung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur deutlich zu erhöhen. Es muss eine Priorisierung der Straßen- und Brückenerneuerung hinsichtlich der Energieversorgungsgroßprojekte erfolgen.

### **11. Technologische Entwicklung voranbringen**

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Forschungsförderung mit inhaltlichem Schwerpunkt auf die Erneuerbaren Energien fortführen möchte. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist beim Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis die Beteiligung der Beschäftigten zentral. Nicht nur um gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern gerade auch, damit Innovationen praxisorientiert umgesetzt werden und somit eine bessere Qualität gesichert wird. Die Beteiligung sollte von Beginn an geschehen, damit Wissen und Erfahrung aus der Praxis in die Forschung einfließen und dort genutzt werden können. Zudem sollte der Transfer von Forschungsergebnissen auch einen Beitrag zur Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen leisten. Bereits vorhandene technologische Kompetenzen zur Entwicklung und Produktion von Anlagen mit dazugehörigen Komponenten und Vorprodukten für die Energie- und Wärmewende sind besser zu nutzen, zu fördern und auszubauen.

### **12. Vorausschauender Verteilnetzausbau für bessere Synchronisation mit dem Windausbau**

Auch aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes kommt dem Netzausbau entscheidende Bedeutung für die Energiewende zu. Es ist richtig, dass im Eckpunkteentwurf Verteilnetze und die Verfügbarkeit gesicherter Leistung adressiert werden. Die vorausschauende Weiterentwicklung der Netzinfrastrukturen ist ein zentraler Baustein, Energiewende und Versorgungssicherheit miteinander in Einklang zu bringen. Ggf. könnte es erforderlich werden, in der Finanzierung des Netzausbaus mittelfristig neue Wege zu gehen. Versorgungssicherheit in Deutschland ist nur durch eine breite Technologievielfalt auf Basis von erneuerbaren und klimaneutralen Energieträgern in Verbindung mit heimischen Brückentechnologien, KWK-Anlagen und der Kopplung der Sektoren zu gewährleisten. Der Ausbau von intelligenten Netzen und modernen (Pump)Speichern ist essenziell.